

Thiel, Eberhard

Article — Digitized Version

Aufgabenkonzepte gesucht

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Thiel, Eberhard (1981) : Aufgabenkonzepte gesucht, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 61, Iss. 11, pp. 524-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135615>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Eberhard Thiel

Aufgabenkonzepte gesucht

Angesichts der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation hat die Finanzpolitik die besonders wichtige Aufgabe, solche Entscheidungen über Ausgaben und Einnahmen, speziell über die Verschuldungshöhe, zu treffen, daß die Vertrauensbildung in der Gesellschaft gefördert wird. So dürften der Öffentlichkeit nicht ständig neu errechnete oder definierte Defizite vorgeführt werden, wobei es dann erstaunlicherweise durch zahlreiche Kürzungen und Erhöhungen von Einzelposten immer wieder gelingt, den – eine fast magische Bedeutung erlangten – Wert von 26 Mrd. DM für die Neuverschuldung im kommenden Jahr zu erreichen.

Ein Streben nach Vertrauensbildung kann sich nicht nur auf eine sowieso nicht exakt planbare Größe konzentrieren. Vielmehr müßten endlich jenseits der vorgeführten Saldenmechanik bei den Ausgaben- und Einnahmegrößen die politischen Sachentscheidungen in das Bewußtsein der Öffentlichkeit gerückt werden, die hinter diesen Finanzdaten stehen. Die Planungen der privaten Haushalte und Unternehmen leiden zwar durchaus unter

dem Risiko möglicher globaler Änderungen der Staatsfinanzen. Von ebenso großem Gewicht, wenn nicht sogar durchschlagender für die Ausbreitung von Unsicherheit sind aber auch die anscheinend mühelos möglichen Umbuchungen bei Einzelpositionen. Die Frage nach den politischen Begründungen für derartige, nicht immer nur marginale Korrekturen stellt sich damit zwangsläufig. Hinweise auf die Beseitigung von Mißständen oder auch auf strukturpolitische Erfordernisse sind aber als Antwort auf diese Frage einfach zu pauschal, es sei denn, es würde erläutert, wie denn das bisherige strukturpolitische Konzept aussah und wie das veränderte Konzept aussieht, in das diese Einzelmaßnahmen einzufügen wären.

Sicherlich ist die Verbesserung von Möglichkeiten zur degressiven Abschreibung günstig für die Produktivitätsentwicklung zu beurteilen. Daneben werden aber auch staatliche Aufwendungen für die Förderung von Forschung gekürzt. Die geplante Verminderung der Gehälter im öffentlichen Dienst könnte noch als Geste gegenüber den angeblich minderprivilegierten anderen Beschäftigten gedeutet werden. Eine mehr differenzierende Politik mit dem Ziel einer Erhöhung der Effizienz der öffentlichen Leistungserstellung ist dagegen nicht zu erkennen. Auch die anvisierte Einsparung von Stellen läßt noch nicht die künftig zu verändernde Struktur des öffentlichen Dienstes deutlich werden. Die investiven Ausgaben – wobei in einzelnen Fällen schon erstaunlich ist, was alles darunter verstanden wird – stagnieren dennoch nach den vorliegenden mittelfristigen Finanzplanungen des Bundes. Sicherlich könnten zunehmende Investitionen die Voraussetzungen für künftiges Wachstum verbessern. Aber – und dieses sollten auch die Befürworter von zusätzlichen öffentlichen Investitionsprogrammen erkennen – entscheidend für ihre

Wachstumseffekte ist die Struktur dieser Investitionen. Welche Infrastruktureinrichtungen werden in Zukunft für die Versorgung der Bevölkerung und für die Erhöhung der Produktivität der Unternehmen benötigt? Infrastrukturkonzepte, die auf die gewandelten Anforderungen der Gesamtwirtschaft abstellen, sind aber noch nicht zu erkennen.

Letztlich geht es bei all diesen Fragen um die mittelfristig anzustrebende Struktur der öffentlichen Leistungsabgabe. Änderungen, die allein aus konjunkturellen Gründen kurzfristig vorgenommen werden, wirken in dieser Sicht ebenso störend und risikomehrend wie bei einer finanzwirtschaftlichen Betrachtungsweise. Allerdings wären sie leichter einzukalkulieren, wenn die mittelfristigen Intentionen transparenter gemacht würden. Dazu gehört auch eine Aussage über die künftige Gestaltung des Systems der sozialen Absicherung.

Gleich ob jemand eine Wende zu mehr Marktwirtschaft fordert oder alternativ verstärkte Staatsaktivitäten anstrebt, er müßte an einer solchen konzeptionellen Klärung interessiert sein. Vielleicht ist die Scheu vor solchen Diskussionen so groß, weil die Argumente oft lediglich auf der Ebene ordnungspolitischer Grundsätze ausgetauscht werden. Schlagwortartige Hinweise auf die Beispiele Frankreich 1981 und USA 1981 helfen aber nicht weiter.

Es scheint müßig zu sein, darauf zu hoffen, daß sich die öffentliche Finanzsituation so schnell bessert, daß man sich bei den Ausgaben wieder fast alles erlauben kann. Um so dringlicher ist es, auf der Leistungsseite die Ziele offen und im Detail zu diskutieren und die geplanten Veränderungen dann in ein wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Aufgabenkonzept einzubringen. Übrigens sollten Länder und Gemeinden rechtzeitig in Planung und Ausgestaltung solcher Konzepte einbezogen werden.